

Presseinformation 71/2023

Auswertung des IHK-Energiewendebarmeters – BW-Ergebnisse

BWIK – Grenke: Wirtschaft in Baden-Württemberg braucht schnelle und deutliche Fortschritte beim Ausbau der Energieinfrastruktur

Stuttgart, 06. September 2023 – Unternehmen im Land bewerten die Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit so negativ wie nie seit Beginn dieser Umfragereihe im Jahr 2012. Das ergab die Baden-Württemberg-spezifische Auswertung des bundesweiten DIHK-Energiewendebarmeters 2023. Auf der dieser Auswertung zu Grunde gelegten Skala von -100 bis +100 bewerten die am heimischen Standort befragten Betriebe die Auswirkungen auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit insgesamt über alle Branchen mit -26; für Deutschland liegt dieser Wert noch unwesentlich niedriger bei -27. Beides sind die schlechtesten je ermittelten Umfragewerte. Die Industrie kommt dabei mit -34 zu einer noch pessimistischeren Chancen-Risiken-Bewertung. Deutschlandweit ist die Bewertung mit -38 ebenfalls noch schlechter. Auch dies sind historische Tiefstände der Bewertung.

Mit dem explosiven Anstieg der Energiepreise Mitte letzten Jahres, dem andauernden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und einer sich weiter eintrübenden weltpolitische Lage, dem Fachkräftemangel, einer kleinteiligen Regulierung und nur langsamen Fortschritten beim Aus- und Umbau der Energieinfrastruktur kommen gleichzeitig eine Vielzahl von Faktoren zusammen, die die ehemals optimistischere Sicht der Wirtschaft nachhaltig eintrüben. So betreffen aus den Top-Fünf-Forderungen an die Politik mit jeweils über zwei Drittel der Zustimmungen gleich drei die wesentlichen Baustellen der Energieinfrastruktur: Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Energieversorgung und Direktlieferverträge (88 Prozent Zustimmung), Zugang zu Wasserstoff (71 Prozent Zustimmung) sowie Überwindung der Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen (69 Prozent Zustimmung).

Nach wie vor stellen die hohen Energie- und insbesondere Strompreise eine große Belastung für die Südwestwirtschaft dar. Neben der Ausweitung des Strom-Erzeugungsangebots (und der Direktlieferverträge) zur Preisstabilisierung stimmt auch die überwiegende Mehrheit der BW-Unternehmen der Forderung zu, Steuern und Abgaben auf den Strompreis weiter zu senken. Besonders in Baden-Württemberg werden zudem Nachteile durch eine mögliche Teilung der einheitlichen Deutschen Stromgebotzone befürchtet. So spricht sich der überwiegende Anteil der mit dem Thema befassenden Unternehmen im Land für den Erhalt der

einheitlichen Strompreiszone aus (51 Prozent Zustimmung bei 16 Prozent Ablehnung). Dabei ist zu berücksichtigen: Selbst im Norden Deutschlands plädieren mit 36 Prozent mehr Unternehmen für die einheitliche Strompreiszone als dagegen (lediglich 32 Prozent). „Eine hohe Zustimmung von 73 Prozent der Unternehmen zur Forderung nach Entlastung bei den Strompreisen zeigt aus unserer Sicht deutlich auf, dass die aktuelle Diskussion um einen Industriestrompreis nicht die notwendige schnelle Entlastung für die Breite der Unternehmen bringen kann“, betont Wolfgang Grenke, Präsident der IHK Karlsruhe, die im Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag in Energiefragen federführend ist.

Die Veränderungen durch die Energiewende bewirken bei den BW-Betrieben und noch stärker in der heimischen Industrie eine Ausrichtung auf klimaschonende Produkte und auch die Umstellung der eigenen Lieferkette auf klimaschonende Vorprodukte. Aktivitätsverlagerungen ins Ausland sind bei fast einem Drittel (31 Prozent) der Industriebetriebe umgesetzt oder in Betracht – und damit deutlich mehr als im Vorjahr mit lediglich 24 Prozent.

Die Befragung zeigt aber auch: Die hiesige Wirtschaft zeigt sich aktiv und anpassungsbereit. Energieeffizienz ist und bleibt die Top-Maßnahme der Betriebe in Baden-Württemberg – 84 Prozent der Betriebe engagieren sich hier (91 Prozent in der Industrie). Am häufigsten werden Investitionen in effiziente Technik als Maßnahme genannt. „Dies zeigt, dass die Wirtschaft in Baden-Württemberg die Herausforderungen der Energiewende und des Klimaschutzes gleichermaßen angenommen hat und entsprechend handelt, insbesondere die hiesige Industrie“, ergänzt Wolfgang Grenke. „Bei den Effizienzmaßnahmen sollten deshalb Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit die Leitprinzipien sein.“

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIIHK | FF Industrie/Energie
IHK Karlsruhe
Ilja Lifschitz
Telefon 0721 174-489
E-Mail: ilja.lifschitz@karlsruhe.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von weit mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.